

# Rechtsinformationsdienst

der

## Anwaltskanzlei Steidel

Wrangelstraße 16  
24105 Kiel  
www.kanzlei-steidel.de

Ausgabe: private Mandanten

Februar 2015

### Verkehrsrecht

#### Verkehrsunfall zwischen zwei Radfahrern

Eine Radfahrerin, die den Radweg einer bevorrechtigten Straße entgegen der Fahrtrichtung befuhr, stieß mit einem aus einem verkehrsberuhigten Bereich auf den Radweg einbiegenden jugendlichen Radfahrer zusammen, und zog sich erhebliche Verletzungen zu. Da der aus der verkehrsberuhigten Zone kommende Radfahrer die Vorfahrt missachtet hatte, traf ihn das überwiegende Verschulden an dem Unfall. Die Radfahrerin musste sich von ihren Schadensersatzansprüchen jedoch ein Drittel abziehen lassen, weil sie in falscher Richtung unterwegs war.

Urteil des OLG Hamm vom 06.06.2014  
I-26 U 60/13  
MDR 2014, 1023

#### Beschädigung eines tiefer gelegten Pkws beim „Überhangparken“

Eine Kommune kann nicht wegen einer Verletzung der Straßenverkehrssicherungspflicht haftbar gemacht werden, wenn ein Pkw-Fahrer bei Dunkelheit in eine 5 m lange und 3,5 m breite Parkbucht eines öffentlichen Parkplatzes einfährt und dabei mit dem vorderen Karosserieteil seines 4,63 m langen und tiefer gelegten Fahrzeugs, das eine unterdurchschnittliche Bodenfreiheit von nur 10 cm besitzt, über den stirnseitig angebrachten, mindestens 20 cm hohen Randstein des Parkplatzes hinausfährt und dadurch ein Schaden an der Verkleidung des vorderen Stoßfängers entsteht.

Randsteine dienen der Begrenzung der eigentlichen Parkfläche. Sie sind - was jeder Verkehrsteilnehmer weiß oder wissen muss - schon entsprechend ihrer Begrenzungsfunktion nicht ohne Weiteres stets zum „Darüberfahren“ oder auch nur zum „Überhangparken“ mit den vorderen oder hinteren Fahrzeugkarosserieteilen geeignet beziehungsweise konzipiert. Demgemäß be-

steht für eine Kommune auch keine generelle Verpflichtung, für ein gefahrloses „Überhangparken“ Sorge zu tragen oder vor entsprechenden Gefahren zu warnen.

Urteil des BGH vom 24.07.2014  
III ZR 550/13 - DAR 2014, 582

#### Maßgeblicher Zeitpunkt für Feststellung eines Rotlichtverstößes

Für die Frage, ob ein Rotlichtverstoß vorliegt, kommt es laut Kammergericht Berlin allein auf den Zeitpunkt des Überfahrens der Haltelinie an, sofern eine solche vorhanden ist. Ein Schuldspruch durch das Amtsgericht, das lediglich feststellt, dass der Betroffene „in die Kreuzung H.../F...“ einfuhr, als die Lichtzeichenanlage bereits zwei Sekunden Rotlicht abstrahlte, konnte daher keinen Bestand haben.

Beschluss des KG Berlin vom 14.03.2014  
3 Ws (B) 124/14 - 122 Ss 42/14  
NStZ-RR 2014, 385

#### Aufeinandertreffen zweier Fahrverbote

Läuft gegen einen Autofahrer wegen einer Ordnungswidrigkeit ein einmonatiges Fahrverbot und wird während dieser Zeit eine weitere Verurteilung (hier wegen unerlaubten Entfernens vom Unfallort) rechtskräftig, die ebenfalls ein Fahrverbot beinhaltet, werden beide Fahrverbote nicht nacheinander, sondern parallel vollstreckt, was für den Betroffenen letztendlich zu einer Verkürzung der „führerscheinlosen“ Zeit führt.

Beschluss des LG Nürnberg-Fürth vom 30.07.2014  
5 Qs 66/14  
DAR 2014, 600

---

## Familien- und Erbrecht

### Bestellung eines Kontrollbetreuers trotz bestehender Vorsorgevollmacht

Eine Frau hatte, bevor sie einige Jahre später an Alzheimer erkrankte und nicht mehr geschäftsfähig war, einem ihrer Söhne für diesen Fall eine umfassende General- bzw. Vorsorgevollmacht erteilt. Zu ihrem Vermögen zählte neben anderen Mietobjekten eine Geschäftsimmobilie, die sanierungsbedürftig und daher schwer vermietbar war. Entgegen der Anregung seiner Geschwister, weigerte sich der Sohn jedoch, das Objekt zu veräußern. Dabei spielte wohl eine Rolle, dass er durch den Verkauf die mit seiner Mutter vereinbarte Verwaltervergütung verloren hätte.

Das Betreuungsgericht sah daher bei der Frage der Veräußerung der Geschäftsimmobilie einen Interessenkonflikt des Sohnes. In einem derartigen Fall kann das Gericht trotz der vorliegenden Vollmacht einen sogenannten Kontrollbetreuer bestellen, der über eine sachgerechte Verwertung des anvertrauten Vermögens zu wachen hat.

Beschluss des BGH vom 16.07.2014  
XII ZB 142/14 - NJW 2014, 3237

### Exhumierung zur Feststellung einer Vaterschaft zulässig

Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass zur Feststellung der Vaterschaft und der dafür erforderlichen DNA-Untersuchung grundsätzlich auch die Exhumierung eines Verstorbenen angeordnet werden kann. Das Gericht vertritt hierbei die Auffassung, dass das postmortale Persönlichkeitsrecht des Verstorbenen im Falle einer für die Feststellung der Vaterschaft erforderlichen DNA-Untersuchung und einer damit einhergehenden Exhumierung in der Regel hinter das Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung zurücktritt.

Urteil des BGH vom 29.10.2014  
XII ZB 20/14 - FamRZ 2015, 39

### Auskunftspflicht über die persönlichen Verhältnisse des Kindes erlischt mit Volljährigkeit

Nach § 1686 BGB kann jeder Elternteil vom anderen bei berechtigtem Interesse Auskunft über die persönlichen Verhältnisse (z.B. über schulische Entwicklung und Gesundheitszustand) des beim anderen lebenden Kindes verlangen, soweit dies dem Wohl des Kindes nicht widerspricht. Diese Regelung hat insbesondere dann Bedeutung, wenn das Umgangsrecht eines Elternteils ganz oder teilweise ausgeschlossen ist.

Ein Gerichtsbeschluss, der das Auskunftsrecht des Vaters regelt, kann jedoch nicht mehr vollstreckt werden, wenn das Kind volljährig geworden ist. Ab diesem Zeitpunkt obliegt es allein dem volljährigen Kind, welche Informationen der Vater erhält.

Beschluss des OLG Saarbrücken vom 01.08.2014  
9 WF 58/14  
jurisPR-FamR 24/2014 Anm. 4

### Komplizierte Erbenauskunft (Familienstiftung)

Ein Pflichtteilsberechtigter hat gemäß § 2314 BGB einen Anspruch auf Auskunft über den Bestand des Nachlasses durch Vorlage eines von einem Notar aufgenommenen Bestandsverzeichnisses.

Bei schwer einzuschätzenden Vermögensobjekten, wie Unternehmen, Gesellschaftsbeteiligungen und Stiftungen, muss der Erbe zusätzlich alle Belege und Unterlagen vorlegen, die dem Pflichtteilsberechtigten eine eigene Beurteilung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse ermöglichen. Bei einer ausländischen Familienstiftung (hier in Liechtenstein) erstreckt sich der Auskunftsergänzungsanspruch auch auf Einsicht in sämtliche Statuten und Beistatuten der Stiftung.

Urteil des OLG München vom 27.01.2014  
19 U 3606/13  
ZEV 2014, 365

---

## Verbraucherrecht

### Begrenzter Schadensersatz bei vorzeitiger Kündigung eines Mobilfunkvertrags

Hat ein Telekommunikationsunternehmen einen Mobilfunkvertrag vorzeitig wegen Nichtzahlung der offenen Rechnungen gekündigt und macht es Schadensersatz u.a. für die Dauer der ursprünglichen Restlaufzeit in Höhe der vereinbarten monatlichen Nettobasisbeträge geltend, muss es sich einen Abzug für sogenannte ersparte Aufwendungen anrechnen lassen.

Das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg hat den Anrechnungsbetrag unter Berufung auf Berechnungen der Bundesnetzagentur auf 50 Prozent geschätzt.

Urteil des AG Tempelhof-Kreuzberg vom 04.12.2014  
23 C 120/14  
JURIS online

### Rundfunkbeitragspflicht für Zimmer in Studentenwohnheim

Nach § 2 Abs. 1 RBStV (Rundfunkbeitragsstaatsvertrag) ist im privaten Bereich für jede Wohnung von deren Inhaber ein Rundfunkbeitrag zu entrichten. Diese Voraussetzungen können auch bei einem einzelnen Zimmer in einem Studentenwohnheim erfüllt sein, wenn es sich um eine baulich abgeschlossene Raumeinheit, die zum Wohnen und Schlafen geeignet ist, handelt und durch einen eigenen Eingang unmittelbar von einem Treppenhause, einem Vorraum oder von außen, also nicht ausschließlich über eine andere Wohnung (wie z.B. bei einer Wohngemeinschaft), betreten werden kann.

Urteil des VG Hamburg vom 12.11.2014  
3 K 159/14 - Pressemitteilung des VG Hamburg

### Transparenz aufeinanderfolgender Mieterhöhungen

Nach § 558 BGB kann der Vermieter die Zustimmung zu einer Erhöhung der Miete bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete verlangen, wenn die Miete zu dem Zeitpunkt, zu dem die Erhöhung eintreten soll, seit 15 Monaten unverändert war. Will der Vermieter im Zeitpunkt einer baulich bereits abgeschlossenen Modernisierung zunächst noch eine Mieterhöhung nach § 558 BGB auf der (fiktiven) Basis des nicht modernisierten Gebäudes vornehmen, muss er den Mieter darauf hinweisen, dass er in Kürze noch eine Modernisierungserhöhung nach § 559 BGB vornehmen will.

Das Landgericht Hamburg folgert aus dem Transparenzgebot, dass der Vermieter im ersten Mieterhöhungsverlangen ausdrücklich darauf hinzuweisen hat, dass dem Erhöhungsverlangen ein unmodernisierter Zustand zugrunde gelegt worden ist und die Modernisierung noch Gegenstand einer weiteren Mieterhöhung sein wird. Wird dies unterlassen, ist eine spätere Modernisierungserhöhung unwirksam.

Beschluss des LG Hamburg vom 03.04.2014  
311 S 123/13 - jurisPR-MietR 23/2014 Anm. 4

### Ausnahme von Straßenreinigungspflicht

Sieht eine kommunale Satzung die uneingeschränkte Pflicht zur Reinigung von Gehwegen durch die Anlieger vor, kann hiervon wegen des Alters eines Verpflichteten keine Ausnahme gemacht werden. Dies begründete das Verwaltungsgericht Berlin damit, dass der Anlieger die Reinigung nicht selbst vornehmen muss; er hat die Möglichkeit, Dritte mit diesen Aufgaben zu beauftragen.

Beschluss des VG Berlin vom 20.11.2014  
VG 1 L 299.14 - Pressemitteilung des VG Berlin

### Umfang der Schneeräumpflicht auf Privatweg

Ein Anwohner kommt seiner Verkehrssicherungspflicht in ausreichendem Maß nach, wenn er einen Privatweg auf einem Streifen von Schnee räumt, der so breit ist, dass zwei Fußgänger vorsichtig aneinander vorbeikommen. Wird der Weg (Zugang und Zufahrt zu Reihenhäusern) auch von Anliegerfahrzeugen genutzt, kann nicht verlangt werden, dass der geräumte Streifen so breit ist, damit ein Pkw und ein Fußgänger aneinander vorbeikommen können. Die Räum- und Streupflicht darf für das Landgericht Coburg nicht so weit ausgedehnt werden, dass jegliche Gefahr hinsichtlich einer Schnee- und Eisglätte verhindert werden muss.

Urteil des LG Coburg vom 13.05.2014  
41 O 675/13 - Justiz Bayern online

### Vermieter muss Transparent an Balkon dulden

Der Eigentümer eines Mietshauses kann verpflichtet sein, ein vom Mieter einer der Wohnungen am straßenseitigen Balkon angebrachtes Transparent mit der Aufschrift „Wir lassen uns nicht Luxussanieren!“ zu dulden. Nach einer umfassenden Interessenabwägung kam das Amtsgericht Berlin-Mitte zu dem Ergebnis, dass der Inhalt des Transparents keinen „ungebührlichen oder herabwürdigenden Verständnisgehalt“ hat. Da zeitgleich die Außenfassade des Gebäudes mit einem Baugerüst versehen war, stellte das Transparent auch keine unzumutbare optische Beeinträchtigung dar. Der Vermieter muss die Anbringung daher dulden und darf das Transparent auch nicht durch eine extra zur Abdeckung angebrachte Plane am Baugerüst verdecken.

Urteil des AG Berlin-Mitte vom 26.02.2014  
119 C 408/13  
jurisPR-MietR 23/2014 Anm. 3

---

## Versicherungsrecht

### Schadensabrechnung bei günstiger Fahrzeugreparatur im Ausland

In einem erst kürzlich veröffentlichten Urteil weist das Oberlandesgericht Stuttgart darauf hin, dass ein Unfallgeschädigter, der sein Fahrzeug preisgünstig im Ausland (hier in Slowenien) reparieren lässt, auch nur die tatsächlich angefallenen Reparaturkosten geltend machen und nicht die fiktiv in Deutschland durch ein Sachverständigengutachten festgestellten Kosten verlangen kann.

Urteil des OLG Stuttgart vom 30.06.2014  
5 U 28/14 - DAR 2014, 648

### Unfallschaden: Verweisung an freie Fachwerkstatt zulässig

Der Bundesgerichtshof hat bereits wiederholt entschieden, dass der durch einen Verkehrsunfall Geschädigte im Rahmen seiner Schadensminderungspflicht - zumin-

dest bei einem Fahrzeugalter von mehr als drei Jahren - grundsätzlich auf eine freie Werkstatt verwiesen werden kann. Dies setzt voraus, dass in der markenungebundenen Werkstatt nachweislich eine Reparatur in gleicher Güte und Qualität möglich und die Werkstatt für den Geschädigten mühelos und ohne Weiteres zugänglich ist und auch sonst keine Umstände vorliegen, die ihm eine Reparatur außerhalb der markengebundenen Fachwerkstatt unzumutbar machen.

Der Verweis auf eine günstigere Werkstatt durch die Haftpflichtversicherung des Unfallverursachers ist - so die Bundesrichter - bei einer fiktiven Schadensabrechnung auf Gutachtensbasis grundsätzlich auch noch während des Rechtsstreits möglich.

Urteil des BGH vom 15.07.2014  
VI ZR 313/13  
Schaden-Praxis 2014, 338

---

## Arbeits- und Sozialrecht

### Kündigung einer Zugebegleiterin nach Nickerchen

Eine Reisebegleiterin im Bordservice der Deutschen Bahn fühlte sich nicht wohl und legte im Zugbistro in einem Abteil die Beine hoch. Die Restaurantleiterin sagte ihr zu, sie zu wecken, sobald der Bistrobetrieb es erfordert. Letztlich erwachte die Zugbegleiterin erst nach der siebenstündigen Hinfahrt. Auf der Rückfahrt verrichtete sie wieder ihren Dienst, obwohl sie sich krank fühlte. Als die Deutsche Bahn von dem Vorfall erfuhr, erklärte sie die Kündigung.

Obwohl die Mitarbeiterin bereits mehrmals abgemahnt worden war, weil sie ihren Dienstbeginn verschlafen hatte, war ihre Kündigungsschutzklage erfolgreich. Das Arbeitsgericht Köln hielt den Arbeitgeber für verpflichtet, die Arbeitsfähigkeit der Gekündigten zu beweisen. Nur dann wären die für das vorgeworfene Verhalten notwendigen Abmahnungen zu berücksichtigen gewesen. Da die Arbeitsfähigkeit nicht nachweisbar war, konnte das Gericht letztlich offenlassen, ob das Verhalten der Reisebegleiterin tatsächlich pflichtverletzend war.

Urteil des ArbG Köln vom 19.11.2014  
7 Ca 2114/14 - JURIS online

### Hausverbot für renitente Hartz IV-Empfängerin

Mitarbeiter von Jobcentern sind es durchaus gewohnt, auch mit schwierigen Besuchern zurechtzukommen. Wird jedoch der Dienstablauf erheblich gestört, können auch drastische Maßnahmen ergriffen werden.

So billigte das Sozialgericht Heilbronn den Ausspruch eines zweimonatigen Hausverbots gegenüber einer Antragstellerin, die sich bei einem unangemeldeten Besuch unflätig geäußert hatte, nachdem sich der Sachbearbeiter geweigert hatte, die beantragte Unterstützung sofort in bar auszuzahlen. Zudem musste sich der herbeigerufene Sicherheitsdienst noch eine deftige Beleidigung gefallen lassen. Das Gericht hielt unter diesen Umständen das ausgesprochene Hausverbot für verhältnismäßig, da nur so die Warnfunktion, derartiges Verhalten bereits vom ersten Vorfall an nicht zu dulden, erfüllt werden kann. Im Übrigen bestand für die renitente Antragstellerin die Möglichkeit, sich weiterhin schriftlich und telefonisch an ihren Sachbearbeiter zu wenden.

Urteil des SG Heilbronn vom 19.11.2014  
S 10 AS 3793/14  
JURIS online

---

## Reiserecht

### Wirksame Vereinbarung der vollständigen Zahlung des Flugpreises nach Buchungsbestätigung

Die Klausel in Allgemeinen Geschäftsbedingungen einer Fluggesellschaft, wonach der Kunde zur Bezahlung des Flugpreises in voller Höhe bei Buchung verpflichtet wird, ist laut Oberlandesgericht Frankfurt rechtlich nicht zu beanstanden.

Hinweis: Dies gilt allerdings nur bei der Buchung eines reinen Flugtickets. Für Pauschalreisen gelten andere Regelungen.

Urteil des OLG Frankfurt vom 04.09.2014  
16 U 15/14 - WRP 2014, 1350

### Flugverspätung: Keine doppelte Entschädigung

Erhält der Teilnehmer einer Pauschalreise (kombinierte Flugreise und Kreuzfahrt) wegen einer 25-stündigen Verspätung des Heimflugs eine Fluggastentschädigung von 600 Euro, kann der Veranstalter diese Zahlung mit der von dem Kunden zugleich wegen der Verspätung geltenden Reisepreisminderung verrechnen. Der Reise Teilnehmer soll - so der Bundesgerichtshof - wegen desselben Mangels nicht zweimal entschädigt werden.

Urteil des BGH vom 30.09.2014  
X ZR 126/13  
WM 2014, 2384

---

## Steuerrecht

### Grunderwerbsteuer: Rückabwicklung eines Grundstückserwerbs

Muss ein Grundstückserwerb, der auf der Übertragung von Anteilen an einer Erbengemeinschaft beruht, wegen der Nichtbeachtung des Vorkaufsrechts des oder der Miterben rückgängig gemacht werden, fällt für den Erwerbsvorgang keine Grunderwerbsteuer an.

Dies gilt auch dann, wenn der Erwerber, demgegenüber das Vorkaufsrecht ausgeübt wurde, den Erbanteil unmittelbar auf den vorkaufsberechtigten Miterben überträgt.

Urteil des BFH vom 09.07.2014  
II R 50/12 - DB 2014, 2389

### Kosten für Brustoperation als außer-

### gewöhnliche Belastung

Aufwendungen zu einer operativen Verkleinerung der Brust (sog. Mamma-Reduktionsplastik) sind nur dann steuerlich absetzbar, wenn die betroffene Frau psychische Beeinträchtigungen ohne Durchführung der Operation glaubhaft macht und die seelische Belastung Krankheitswert besitzt. Dass eine ansonsten angeblich erforderliche psychiatrische Behandlung der seelischen Folgen möglicherweise sogar höhere Kosten verursachen könnte, war für das Finanzgericht Rheinland-Pfalz unerheblich.

Urteil des FG Rheinland-Pfalz vom 20.05.2014  
5 K 1753/13 - EFG 2014, 1586